

Zur aktuellen Umfrage:

abstimmen



Glocalist

Daily News

Wir bringen die Community zusammen

Nachrichten- & Netzplattform von und für NGOs&NPOs und die Zivilgesellschaft

Wir verdoppeln jedes Förder-Abo

(endet automatisch nach 1 Jahr)

NGO&NPO NEWS

Kommentare
Nachrichten
 Ökologie
 Kultur
 Soziales
 Politik
 Wirtschaft
 Vermischtes
 Termine
 Jobs
 Downloads
 Konferenz
 Zivilgesellschaft

**ANMELDEN
REGISTRIEREN****NGO&NPO NEWS**

Team
 Abonnement
 Mediadaten
 Impressum



Interview mit BM Erwin Buchinger
Round Table zu Nachhaltiger Innovation & CSR

Strategie · Medien
 Kommunikation
 Markenwelt · PR
 Projektmanagement
 Design · Vision
 Werbemittel
www.arbeitsraum.at

Dienstag, 24. April 2007 - Nachrichten von und für NGOs&NPOs

ZARA über BAWAG

Wien (17.4.07): Die NGO ZARA (Verein für Anti-Rassismus Arbeit, Mitgliedsverein von NeSoVe und Beiratsmitglied der Glocalist Medien) sieht die jüngste Aktion der BAWAG - Konten von KubanerInnen aufzulösen - problematisch. Lesen Sie Warum.

Die vom ÖGB an den US Fonds Cerberus verkaufte BAWAG hat ihre Geschäftsbeziehung mit etwa 100 kubanischen KundInnen aufgelöst. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass die BAWAG über den neuen Eigentümer Cerberus an US-Recht gebunden sei. Es wurden auch bereits andere Länder genannt, mit denen US-amerikanische Unternehmen keine Geschäfte machen dürfen. Wer sind die nächsten KundInnen, deren Konten gekündigt werden?

Die einseitige Kündigung aller Geschäftsbeziehungen mit kubanischen Staatsangehörigen durch die BAWAG ist ganz klar rechtswidrig.

Die Kündigungen verletzen, wie Verfassungsjurist Mayer gegenüber dem Standard bereits festgestellt hat, das verfassungsgesetzlich verankerte Diskriminierungsverbot. Sie verletzen aber auch die einfachgesetzlichen Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes, das jegliche Form von Diskriminierungen unter anderem aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen verbietet und das in Österreich seit mittlerweile drei Jahren in Kraft ist.

Wie die Eigentumsverhältnisse aussehen ist völlig irrelevant; entscheidend ist, welches Recht gilt – und das ist eindeutig das österreichische. Dass es gerade der ÖGB ist, der in diesem Bereich völliges Unrechtsbewusstsein an den Tag legt, und im Rahmen der Vertragsverhandlungen mit dem US-Fonds Cerberus das Thema Diskriminierung ausspart, ist allerdings besonders besorgniserregend und schlicht skandalös. Man stelle sich vor, ein in Österreich ansässiges Unternehmen weigere sich von einem Tag auf den anderen, das österreichische Arbeits- und Sozialrecht anzuwenden, weil dies den Unternehmensvorgaben einer amerikanischen Mutterfirma widerspricht. Gewerkschaftliche Empörung wäre – zu Recht – die Folge!

Mangelndes Unrechtsbewusstsein wird offensichtlich

Das Unrechtsbewusstsein, dass Diskriminierung in Österreich aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit beim Zugang zu Gütern und Dienstleistung verboten ist, ist offensichtlich äußerst mangelhaft ausgeprägt, wenn nicht einmal der ÖGB das Diskriminierungsverbot bei Vertragsabschlüssen mitbedenkt. Die Vorgehensweise der BAWAG, die Konten von kubanischen KundInnen zu kündigen, ist nicht nur ein Armutszeugnis für die österreichische Gewerkschaftsbewegung sondern auch für die österreichische Politik, die es verabsäumt hat notwendige Maßnahmen für die Förderung des Rechtsbewusstseins im Gleichbehandlungsbereich zu setzen. Fälle wie dieser sind offensichtlich notwendig, um dieses Rechtsbewusstsein zu fördern. Denn nur Gesetze zu erlassen ohne breitere öffentliche Diskussion der Diskriminierungsthematik dürfte das notwendige Bewusstsein nicht in ausreichendem Maß fördern.

Dieser Vorfall kann für die BAWAG noch unangenehme Folgen haben. Sie wird sich auf Schadenersatzforderungen gefasst machen müssen und darauf, dass andere KundInnen sich zu überlegen beginnen, ob sie das Risiko eingehen wollen, einer Bank zu vertrauen, die es mit gesetzlichen Vorgaben nicht so genau nimmt.

Die kubanischen KundInnen, die ihr Vermögen der BAWAG anvertraut haben, wurden eindeutig diskriminiert und in ihrem Vertrauen erschüttert. Es stellt sich die Frage, welche Staatsangehörige sonst noch auf der schwarzen Liste des US-Fonds Cerberus stehen, oder ob

Wir bringen die Community zusammen
 Nachrichten- & Netzplattform von und für NGOs&NPOs und die Zivilgesellschaft

Wir verdoppeln jedes Förder-Abo
 (endet automatisch nach 1 Jahr)

KOMMENTARE**KOMMENTARE**

- > Über die Pressefreiheit
- > Transparente Werte
- > ZARA über BAWAG
- > Weltwassertag
- > Achso, jetzt doch Akademiker?
- > Guten Morgen Österreich!
- > Fit durch schwarze Rhetorik?!
- > 3. Arbeitsmarkt
- > Jessas, der Klimawandel
- > Über Kapern und ein Angebot
- > Grüne und Zivilgesellschaft?
- > Replik CASINOS Austria
- > CSR ja, aber bitte wahrhaftig
- > Koalition ohne
- > Entschuldigung!
- > de mortuis nil nisi bene?
- > Lobby für ArbeitnehmerInnen
- > Leadershipkrise
- > Mangott und Russland
- > Wir Unterschichtler/innen
- > Wir Kaninchen
- > Nachhaltigkeit
- > Wahlaufruf und Islam
- > Nachhaltigkeit
- > Sei meine Verschwörung